

## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Rede HBM

Konferenz „**Regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa**“

Sehr geehrte Frau Ministerin Jelusic

Sehr geehrter Herr Minister Lajcak

Sehr geehrter Herr BM a.D. Fasslabend

Exzellenzen, meine Herren Generäle,

meine Damen und Herren!

Zu allererst möchte ich mich an die Initiatoren dieser Konferenz wenden und mich für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung bedanken. Mein besonderer Willkommensgruß gilt heute unseren Gästen aus der regionalen Partnerschaft. Die hochrangigen Teilnehmer aus Politik, Militär und das rege Publikumsinteresse sind ein sichtbares Zeichen für die Aktualität der Themenstellung.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorgestern jährte sich der Beitritt unserer mitteleuropäischen Nachbarn zur Europäischen Union zum sechsten Mal. Seit dem 1. Mai 2004 sind unsere Länder noch stärker zusammengewachsen. Das Dach der EU ermöglicht neue Entwicklungen, die vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wären. Schon vor dem Beitritt unserer Nachbarn zur EU wurde im Jahre 2001 die „Regionale Partnerschaft“ zwischen den mitteleuropäischen Staaten ins Leben gerufen. Kooperation mit unseren Nachbarstaaten ist also nichts Neues – gemeinsame geographische Lage, gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen haben schon bisher zu einer beachtlichen Zusammenarbeit geführt. Die wechselseitige Verflechtung unserer Wirtschaftsbeziehungen und unserer Unternehmen benötigt kaum einen gesonderten Kommentar. Die Zahlen sprechen für sich. Rund 20% unserer Exporte gehen in unsere mitteleuropäischen Nachbarländer. Die intensiven Verflechtungen der österreichischen Banken und Versicherungen mit diesen Ländern haben in Zeiten der Finanzkrise auch bei uns zuhause zu erheblichen Diskussionen geführt. Der hohe Investitionsanteil österreichischer Unternehmen wird aber

grundsätzlich nach wie vor positiv gesehen – auf beiden Seiten. Auch der intensive und täglich sichtbare Austausch zwischen unseren Staaten im Tourismus, in Wissenschaft und Kunst und im Bildungs- und Ausbildungsbereich ist beachtlich. Er ist zu einem Teil Folge unserer gemeinsamen Geschichte und zum anderen Teil Ergebnis einer offenen Politik unserer Länder in der Region.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Bereich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit möchte ich auf die schon seit 2001 institutionalisierte und gut funktionierende Zusammenarbeit der Innenminister im Rahmen der so genannten „Salzburg Gruppe“ verweisen. Die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit könnte auch wegweisend für die Vertiefung der Kooperation im Bereich der äußeren Sicherheit sein. Zumal sich beide Bereiche der Sicherheit immer schwerer von einander trennen lassen.

Wir müssen in der militärischen Zusammenarbeit in Mitteleuropa aber nicht bei Null beginnen. Vielmehr können wir schon auf erfolgreiche Projekte aufbauen. Denken wir

- an die über 100 bilateralen Vorhaben und Aktivitäten im Rahmen der jährlichen Zusammenarbeitspläne zwischen unseren Verteidigungsministerien,
- an die gemeinsamen Peacekeeping Einsätze auf Zypern und auf dem Golan,
- an die Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Battlegroups und vor allem
- an unser gemeinsames Engagement auf dem Balkan.

In Bosnien- Herzegowina haben unsere Länder seit Jahren erheblich und überdurchschnittlich an der Stabilisierung mitgewirkt. Derzeit stellen wir zusammen mehr als 600 Soldaten im Rahmen von EUFOR ALTHEA, das ist rund die Hälfte des von EU Staaten gestellten Personals. Das ist ein deutlicher Ausdruck unseres gemeinsamen Interesses an der Stabilität und Zukunft dieser Region. Sicherheit und Stabilität dort heißt ein Mehr an Sicherheit für unsere Bürger, daher werden wir auch weiterhin dort engagiert bleiben bis die gesamte Region Teil der Europäischen Union ist.

Die Balkan-Einsätze haben aber auch eine Bedeutung für unsere zukünftige regionale sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Denn unsere gemeinsamen

Erfahrungen auf dem Balkan stellen aus meiner Sicht ein gemeinsames Gut dar, das wir für die Weiterentwicklung der regionalen militärischen Kooperation systematisch auswerten und nützen sollten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich sehe insbesondere drei Leitfragen, in der zukünftigen Vertiefung der regionalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit:

Erstens, wie können wir die Sicherheit der Bürger unserer Region im Lichte der grenzüberschreitenden Risiken gewährleisten?

Zweitens, wie können wir gemeinsam unser Gewicht in der EU erhöhen und uns mehr Gehör für unsere gemeinsamen Anliegen verschaffen?

Drittens, wie können wir angesichts der budgetären Sachzwänge möglichst kosteneffizient die erforderlichen Kapazitäten erhalten oder entwickeln?

Sehr geehrte Damen und Herren!

Was können wir gemeinsam tun, um die Sicherheit der Bürger unserer Region angesichts der neuen grenzüberschreitenden Risiken zu gewährleisten?

Wir haben alle die Bilder von verheerenden Waldbränden, Hochwasserereignissen oder diverser Industriestörfälle vor Augen. In diesen Szenarien stößt die Fähigkeit der einzelnen Staaten, allein damit fertig zu werden, sehr schnell an ihre Grenzen. Im gesamten Bereich der Katastrophenabwehr, des Schutzes kritischer Infrastruktur und Pandemien stehen wir vor ähnlichen Herausforderungen. Wir haben auch bisher schon im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz gut zusammengearbeitet. Aber wir könnten uns noch besser abstimmen. Würde nicht eine stärkere Bündelung der Kräfte etwa in Form eines regionalen Katastrophenschutzkorps – „Central European Disaster Relief Unit“- zur Erhöhung der Sicherheit für unsere Bürger beitragen? Die Solidaritätsklausel könnte uns dabei den weiteren Weg weisen. Sie ermöglicht es, im EU-Rahmen noch stärker als bisher gemeinsam und grenzüberschreitend auf diese neuen Herausforderungen zu reagieren.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gerade kleinere und mittlere Länder, wie jene der Regionalen Partnerschaft, sind auf eine verstärkte Nachbarschaftsarbeit angewiesen, wenn sie ihrer Stimme in der EU mehr Gehör verschaffen wollen. Eine Voraussetzung dazu ist aus meiner Sicht ein verstärkter Informationsaustausch im Vorfeld von EU-Tagungen.

Nach meinen Erfahrungen ist es nicht einfach, 27 unterschiedliche Positionen auf der europäischen Ebene aufeinander abzustimmen. Dies erfordert einen oftmals langwierigen und schwerfälligen Prozess. Daher gewinnen informelle Absprachen und Abstimmungen im Vorfeld von Entscheidungen zunehmend an Bedeutung. Wäre es daher nicht sinnvoll, wenn wir Mitteleuropäer uns über unsere Positionen bereits im Vorfeld austauschen? Etwa in Form kurzer Treffen auf der Ebene der Verteidigungsminister und der verteidigungspolitischen Direktoren? Bei diesen Gelegenheiten könnten dann auch andere Fragen von bilateralem und regionalem Interesse diskutiert und behandelt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wer international Gehör finden will, muss auch relevante Beiträge leisten können. Uns alle betreffen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Zwang zum eisernen Sparen hat alle europäischen Staaten erfasst. Schon bisher waren die finanziellen Ressourcen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingeschränkt, nun spüren wir die Grenzen noch deutlicher. Gleichzeitig steigen aber die Anforderungen an die Mitgliedstaaten. Sie ergeben sich aus der angestrebten globalen Rolle der EU und der wiedererlangten Bedeutung der Vereinten Nationen im Krisenmanagement.

Im Wirtschaftsbereich wird dem Kostendruck in der Regel mit verstärkter Kooperation begegnet. Was läge näher, als solche Überlegungen auch im Bereich der Verteidigung anzustellen? Die Kernfrage dabei ist: wie können wir bei sinkenden Ressourcen zumindest gleich bleibenden Sicherheitsnutzen für unsere Bürger erreichen? Gibt es unter uns mitteleuropäischen Staaten Möglichkeiten vertiefter militärischer Zusammenarbeit, welche uns dabei helfen, knappe Ressourcen zielgerichtet und kosteneffizient einzusetzen?

Die Herausforderung vor der wir alle gemeinsam stehen ist, nachgefragte, qualitativ hochwertige und durchhaltefähige militärische Kräfte für den Einsatz zu schaffen und zu erhalten. Das ist insbesondere für kleinere Staaten ein nicht einfaches Unterfangen und erfordert aus meiner Sicht eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit. Hierbei schafft der Vertrag von Lissabon neue Möglichkeiten: Die ständig strukturierte Zusammenarbeit eröffnet neue Ansätze in der militärischen Zusammenarbeit.

Auf EU Ebene beginnen wir bereits, Fragen der Zusammenlegung von Kapazitäten (pooling) und Arbeitsteilung in militärischen Bereichen (sharing) zu diskutieren. Es überrascht dabei nicht, dass diese Diskussion vor allem von kleinen und mittleren Staaten begonnen wurden.

Wäre unsere Regionale Partnerschaft nicht eine Plattform, wo wir uns verstärkt diesen Fragen innovativer und kosteneffizienter Kapazitätenentwicklung widmen sollten?

Mir ist natürlich bewusst, dass die Mehrzahl der heute anwesenden Staaten Fragen ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht nur im Rahmen der Europäischen Union diskutiert. Im Interesse aller Mitgliedstaaten und im Interesse der internationalen Organisationen sollten die verschiedenen Institutionen einander wechselseitig ergänzen.

Dabei bleibt die Verbindung ziviler und militärischer Instrumente in umfassender Form das Alleinstellungsmerkmal der EU. Das ist der komparative Vorteil, den die EU gegenüber anderen Organisationen und Bündnissen auszeichnet.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor wir aber über konkrete Möglichkeiten und Vorschläge sprechen, sollten wir uns darüber unterhalten, wo grundsätzlich unsere gemeinsamen Interessen liegen. Ich denke, dass diese heutige Veranstaltung einen Anstoß für einen ergebnisoffenen Prozess geben könnte. Dann - ich hoffe in nicht allzu ferner Zukunft – könnten wir über konkrete Projekte der Zusammenarbeit verhandeln. Ich sehe den Ergebnissen der Tagung jedenfalls mit optimistischer Erwartung entgegen und wünsche der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf.